

«Schmerzgrenze liegt unter 30 Prozent»

FINANZPLATZ Die Schweiz will unbesteuerbare Vermögen aus Deutschland legalisieren. Der Druck auf unser Land wird deshalb aber kaum abnehmen, sagt der Experte.

INTERVIEW HANS-PETER HOEREN
hans-peter.hoeren@luzernerzeitung.ch

Manuel Ammann, die Schweiz verhandelt Ende Monat mit Deutschland und Grossbritannien über eine Abgeltungssteuer. Ist damit die Zeit der schwarzen Listen endgültig passé?

Manuel Ammann*: Eine attraktive Abgeltungssteuer wäre ein grosser Erfolg für den Schweizer Finanzplatz. Es ist aber nicht sicher, ob es der Schweiz gelingen wird, einen attraktiven Steuersatz durchzusetzen.

Wo liegt die Schmerzgrenze?

Ammann: Ein Steuersatz von 30 Prozent und mehr wäre für den Finanzplatz sicherlich kein Erfolg mehr. Umgekehrt wird Deutschland nicht einem tieferen Steuersatz zustimmen, als er in Deutschland selbst zur Anwendung

BÖRSE



AKTIEN DES TAGES

TOP	06.01.	+/-
Edipresse I	375	+12.87%
Basilea Pharm. N	72	+9.34%
Swissmetal Holding	7.42	+6.3%
Santhera N	8.81	+5.76%
Micronas	13.5	+5.47%

FLOP

Perfect Hold. SA	0.22	-8.33%
Bq. Cantonale de Geneve	207	-3.68%
Cicorel	42.65	-3.07%
Lindt & Sprüngli N	29175	-3.04%
Lindt & Sprüngli PS	2652	-3.03%

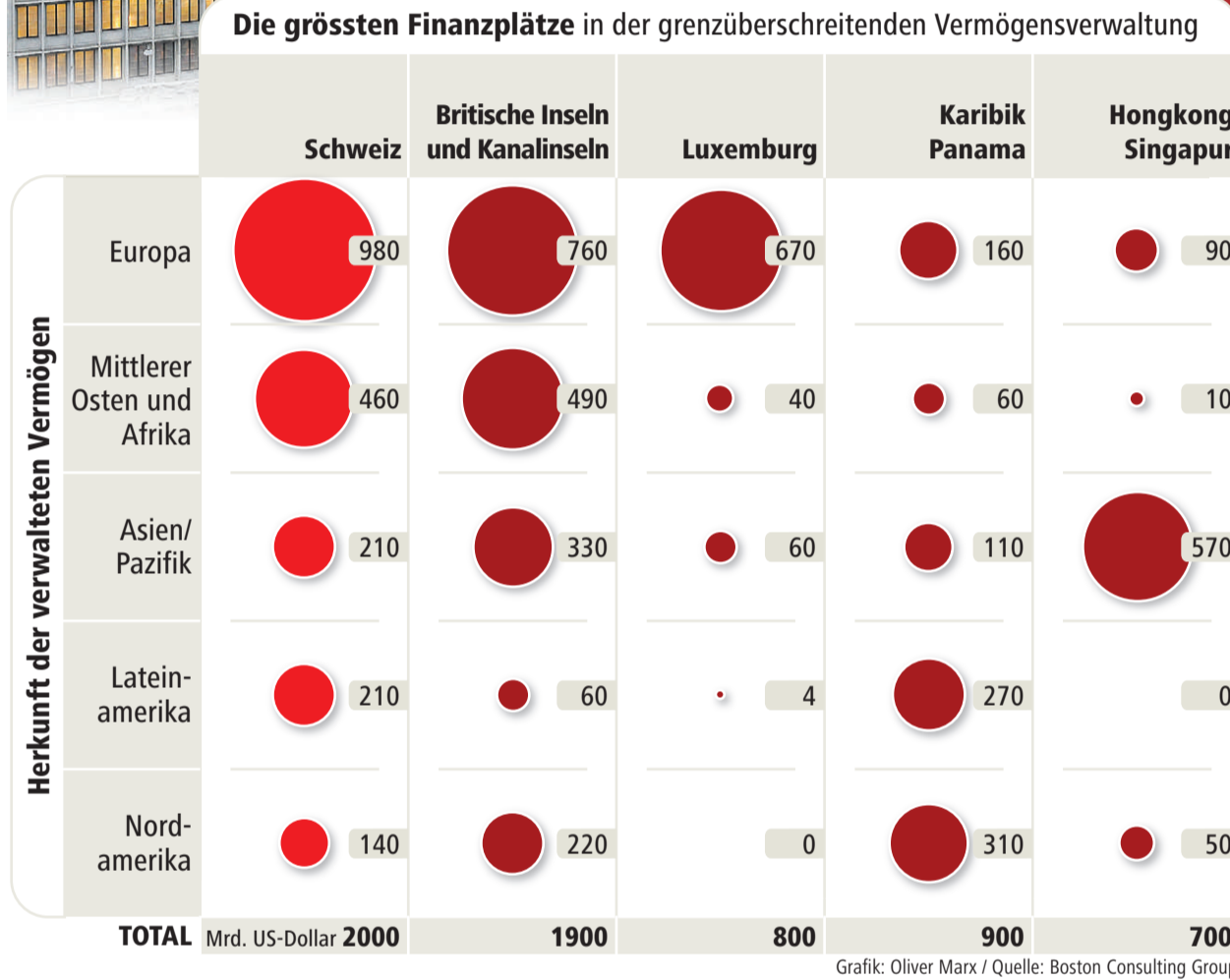
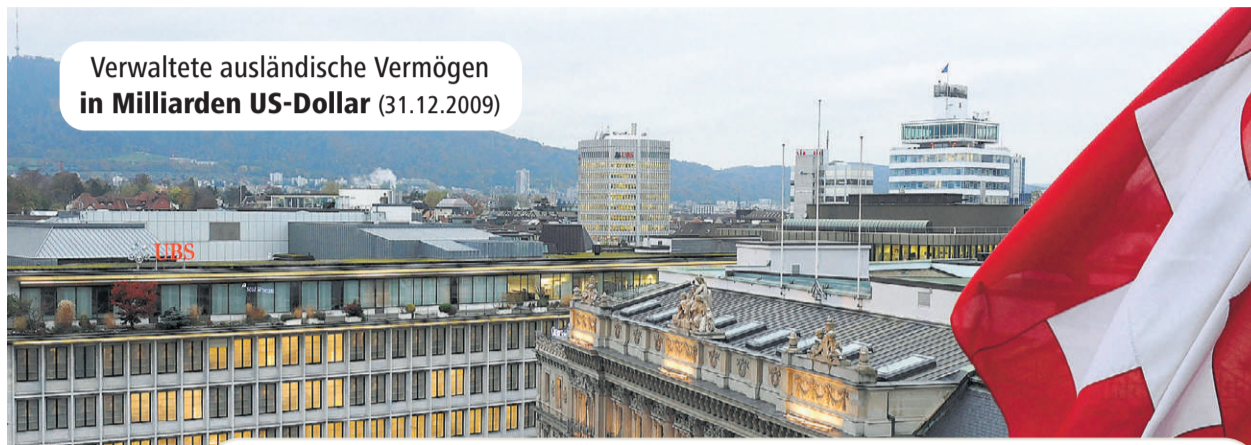
Dollar in Fr.	0.9645	-0.12%
Euro in Fr.	1.2557	-1.1%
Gold in Fr. pro kg	42466	-0.25%

ZINSSÄTZE IN %

Geldmarkt	06.01.	Vortag
Franken-Libor 3 Mt.	0.1692	0.1692
Franken-Libor 6 Mt.	0.2383	0.2383

Kapitalmarkt (10-jährige Staatsanleihen)	Schweiz	1.61	1.58
Deutschland	2.9531	2.9417	
USA	3.4474	3.4629	

Alle Angaben ohne Gewähr. Quelle: vwd group 07012011



kommt. Die Verhandlungen bewegen sich also auf einem schmalen Grat. Ein weiteres Problem liegt in der Legalisierung der nicht deklarierten Altvermögen. Auch hier hängen die Auswirkungen für den Finanzplatz stark vom ausgehandelten Abgeltungssteuersatz ab.

Der automatische Datenaustausch ist aber mit den angestrebten Doppelsteuersabkommen vom Tisch.

Ammann: Das ist die Zielsetzung. Allerdings lässt sich zum heutigen Zeitpunkt auch das nicht verlässlich sagen. Herr Schäuble sagt, die Rechtshilfe sei eine gleichwertige Lösung, die EU sagt etwas anderes. Kommt eine umfassende Abgeltungssteuer mit grossen EU-Ländern zu Stande, kann sich die Schweiz aber sicherlich leichter gegen Forderungen nach einem automatischen Informationsaustausch zur Wehr setzen. Letztlich geht es bei der ganzen Diskussion neben den Steuererträgen vor allem um die Wettbewerbsvorteile zwischen verschiedenen Finanzplätzen. Der Kampf um die Wettbewerbsbedingungen ist deshalb mit einem Abkommen lange nicht erledigt, sondern ist immer wieder neu zu führen.

Die Schweiz hat eine Finanzplatzstrategie formuliert, es gibt ein neues Staatssekretariat für internationale Finanzbeziehungen. Wie gut sind wir für diesen ständigen und immer härter werdenden Kampf um Wettbewerbsvorteile gerüstet?

Ammann: Wichtig scheint mir vor allem, dass die Schweizer Finanzindustrie ihre Tätigkeit auf eine Art und Weise betreibt, die im Inland Unterstützung findet. Sie muss dafür sorgen, dass der Schweizer Bürger die Vorteile einer starken Finanzindustrie für sich und sein Land erkennt. Die Verankerung und Reputation im Inland entscheidet auch über die Verhandlungsstärke gegenüber dem Ausland.

HINWEIS

* Professor Manuel Ammann ist Ordinarius für Finance an der Universität St. Gallen und Direktor des Schweizerischen Instituts für Banken und Finanzen.

Die Schweiz behauptet ihre Spitzenposition

BANKPLATZ Die Verhandlungen mit Deutschland und Grossbritannien über eine Abgeltungssteuer beginnen Ende Januar. Dabei soll auch eine gemeinsame Formulierung gefunden werden, damit künftig der Ankauf von geklauten Daten-CDs verhindert werden kann. Auf eine Staatsklage gegen Deutschland wegen gestohlener Daten-CDs hat die Schweiz verzichtet.

Die Legalisierung der Altvermögen ist der Kernbestandteil der Doppelbesteuerungsabkommen mit den beiden Ländern, über die im Oktober bereits eine Grundsatzvereinbarung erzielt wurde. Die Abkommen sehen auch vor, dass die Schweiz in begründeten Einzelfällen künftig neu bereits Amtshilfe im Fall von Steuerhinterziehung leistet und wie bereits vorher bei Steuerbetrug Informationen an die ausländischen Steuerbehörden liefert. Dieser OECD-Standard ist

mittlerweile in über 30 neuen Doppelbesteuerungsabkommen der Schweiz mit Drittstaaten verankert.

Milliardenabflüsse befürchtet

Je nach Höhe des Steuersatzes könnten durch die Abgeltungssteuer einmalig zwischen 100 und 200 Milliarden Franken vom Finanzplatz abfliessen, schätzen Experten. Hart treffen könnte die Steuer vor allem kleine Banken im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet, die sich stark auf das grenzüberschreitende Vermögensverwaltungsgeschäft spezialisiert haben. Die Grossbanken UBS und CS sehen das Thema relativ gelassen. Laut internen Schätzungen rechnet die UBS mit Geldabflüssen von europäischen Kunden zwischen 15 und 40 Milliarden Franken, die CS zwischen 25 und 35 Milliarden Franken.

Die Schweiz ist nach wie vor die Nummer 1 im grenzüberschreitenden

Vermögensverwaltungsgeschäft. Ausländische Kundenvermögen im Wert von rund 2 Billionen US-Dollar lagen laut Schätzungen der Boston Consulting Group per Ende 2009 bei Schweizer Banken (siehe Grafik). «An dieser Spitzenposition der Schweiz hat sich auch in diesem Jahr nichts geändert», sagt Peter Damisch, Partner und Managing Director bei der Boston Consulting Group Schweiz und gleichzeitig Wealth-Management-Experte.

Mehr Kunden aus Mittlerem Osten

Aufgrund der durch die Eurokrise ausgelösten Aufwertung des Schweizer Franks und die anhaltende Attraktivität des Standortes könnten die in der Schweiz verwalteten Vermögen ausländischer Privatkunden sogar im Jahr 2010 leicht angestiegen sein. Am stärksten wachsen die grenzüberschreitenden Vermögen derzeit in Asien, vor

allem in Singapur und Hongkong. Generell habe die Schweiz in den letzten zwei Jahren unter der Finanzkrise und der Diskussion um das Bankgeheimnis und Steuerfragen gelitten. Die Vermögen von Kunden aus Westeuropa, insbesondere Deutschland, Frankreich und Italien, seien weiter rückläufig. Kompensiert wurde dies durch Zuflüsse aus Osteuropa und dem Mittleren Osten. Diese Regionen könnten für die Schweizer Banken künftig noch interessanter werden.

«Der Trend in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung geht zu grösseren Kunden jenseits von 1 Million Franken», sagt Damisch. Der kleinere Kunde mit einem Anlagevolumen von 200 000 bis 300 000 Franken werde sein Vermögen künftig eher in seinem Heimatland anlegen.

HANS-PETER HOEREN
hans-peter.hoeren@luzernerzeitung.ch

ANZEIGE

Braut Premiere

auf Grossleinwand

Samstag 08.00 - 16.00 Uhr
08. / 15. / 22. / 29. Januar
05. / 12. Februar

bei Cüpli und Häppchen,
morgens bei Kaffee und Gipfeli.

Traumhafte Auswahl an Braut- und Festmode

www.brautmode-wicky.ch
041 930 13 25

braut-moDé wicky
6215 Beromünster